

# **Die Geschichte der Wedemark von 1930 bis 1950**

Band 4

***Alltag in der Diktatur – Erinnerungen an das  
dörfliche Leben in der Wedemark***

***Ein Symposium im Rahmen des Projekts  
Geschichte der Wedemark von 1930–1950***

Wedemark 2017

Herausgegeben von der Gemeinde Wedemark



Titelbild: fotolia 163417392

Fotos im Innenteil: Gemeinde Wedemark (Ewald Nagel)

Bibliographische Information der Deutschen Bibliothek:  
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliographie;  
detaillierte bibliographische Angaben sind im Internet  
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

Herausgeber:  
Gemeinde Wedemark

Alle Rechte vorbehalten

ecrivir – die textmacher gmbh  
Hansteinstraße 3  
30419 Hannover



© 2017

Layoutentwurf: Svenja Thiel, artbreakfabric

Satz und Umschlaggestaltung: Olaf Grohmann  
ecrivir – die textmacher gmbh

Druck und Verarbeitung: Steppat Druck Laatzen

Nachdruck und Vervielfältigung, Einspeicherung und Verarbeitung in elektro-  
nischen Systemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des  
Herausgebers und des Verlags

ISBN: 978-3-938769-21-8

Die Geschichte der Wedemark von 1930 bis 1950, Band 4

***Alltag in der Diktatur – Erinnerungen an das  
dörfliche Leben in der Wedemark***

*Martin Stöber*

***Einleitung*** ..... 5

*Helge Zychlinski*

***Begrüßung*** ..... 9

*Carl-Hans Hauptmeyer*

***Wahlergebnisse in den Orten der Wedemark während  
der Weimarer Republik – ein Kurzkomentar zum dritten  
Band der Schriftenreihe*** ..... 17

*Otto Hemme*

***Zum Buchprojekt „Leben in einem deutschen Dorf  
von 1930 bis 1950“*** ..... 23

*Rolf Wernstedt*

***Die Kultur der Erinnerung – Eckpfeiler bundesdeutscher  
Identität*** ..... 27

# Einladung

## Alltag in der Diktatur - Erinnerungen an das dörfliche Leben in der Wedemark

Ein Symposium im Rahmen des Projekts

## Geschichte der **Wedemark** 1930 -1950



*Einladung zum  
2. Symposium zur „Ge-  
schichte der Wedemark  
1930–1950“*

## **Einleitung**

*Martin Stöber – Geschäftsführer des Niedersächsischen Instituts für Historische Regionalforschung e. V.*

Vor fast genau einem Jahr durfte ich bereits einmal – mit großer Freude – die Einleitung für eine Veröffentlichung schreiben, die Ergebnisse eines Symposiums, das die Gemeinde Wedemark durchgeführt hat, dokumentiert.<sup>1</sup> Die damalige Veranstaltung widmete sich der Leitfrage „Erinnern – wozu überhaupt?“ und wurde im Rahmen des Vorhabens „Die Geschichte der Wedemark von 1930 bis 1950“ veranstaltet. Das Symposium vom 9. November 2017 ist ebenfalls Teil dieses Projektes, das Bürgermeister Helge Zychlinski 2014 ins Leben gerufen hat und das seither Dr. Franz Rainer Enste mit großem Engagement koordiniert. Auch thematisch knüpft das diesjährige Treffen unter der Überschrift „Alltag in der Diktatur – Erinnerungen an das dörfliche Leben in der Wedemark“ an seinen Vorläufer an.

Durch die Dokumentation des Symposiums sollen die wichtigsten inhaltlichen Beiträge über den Tag hinaus bewahrt werden. Da ist zunächst die „Begrüßung“ durch Bürgermeister Helge Zychlinski – eine Rede, die eigentlich weit mehr thematisiert, als der nüchterne Titel erwarten lässt: Sie ist ein eindrucksvolles Plädoyer für Toleranz, Wahrhaftigkeit und Demokratie im Allgemeinen und stellt den Wert von Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur für die Gegenwart und Zukunft im Besonderen heraus.

Auch das diesjährige Symposium ist wieder der Ort einer Buchvorstellung. Erschien 2016 der erste Band der Beiträge zur Geschichte der Wedemark von 1930 bis 1950,<sup>2</sup> in dem Sabine Paehr über die „Verfolgung

---

<sup>1</sup> Gemeinde Wedemark (Hg.): *Erinnern – wozu überhaupt? Ein Symposium im Rahmen des Projekts Geschichte der Wedemark von 1930–1950 (= Die Geschichte der Wedemark von 1930 bis 1950. Band 2)*. Wedemark 2016.

<sup>2</sup> Beide Beiträge in: Gemeinde Wedemark (Hg.): *Verfolgung und Zwangsarbeit in der NS-Zeit (= Die Geschichte der Wedemark von 1930 bis 1950. Band 1)*. Wedemark 2016.

während der NS-Zeit – Strukturen und Schicksale in den vormals selbständigen Gemeinden der Wedemark“ schreibt und Helge Kister den Einsatz ausländischer Kriegsgefangener und Zivilarbeiter erforscht, liegt nunmehr der dritte Band der Schriftenreihe vor: „Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in den Dörfern der heutigen Wedemark. Der politische Wandel in den Gemeinden in der Zeit der Weimarer Republik“.<sup>1</sup> Er stammt wiederum aus der Feder Sabine Paehrs und widmet sich der Analyse der Wahlergebnisse der Jahre von 1919 bis 1933. Und der emeritierte hannoversche Professor Carl-Hans Hauptmeyer hat es übernommen, im Rahmen des Symposiums diese Publikation in einem „Kurzkomentar“ vorzustellen. „Warum entscheiden sich große Gruppen der Wähler, bewusst so zu wählen, dass die Demokratie abgeschafft wird?“ Mit dieser Frage leitet der Historiker seinen Beitrag ein, der von der Wedemark und der Arbeit Sabine Paehrs ausgehend nach Antworten auch in der überregionalen, allgemeinen Geschichte sucht. Mit Otto Hemme kommt aber auch ein „echter“ Wedemärker – genauer: ein „echter“ Elzer – zu Wort. Er berichtet über die gemeinsame Arbeit mit Heinrich Frank und Max Steinborn, die sich als Arbeitsgruppe innerhalb der „Historischen Arbeitsgemeinschaft Wedemark“ vor allem die Erforschung der Geschichte Elzes in der Epoche zwischen 1930 und 1955 auf die Fahne geschrieben haben. Ergebnisse der Recherchen werden demnächst unter dem Titel „Leben in einem deutschen Dorf von 1930 bis 1950“ in Buchform erscheinen. Zahlreiche Aspekte vom Alltäglichen bis zu den zeittypischen Schicksalen von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, Verfolgten oder Vertriebenen sollen so vor dem Vergessen bewahrt und Lokalgeschichte soll durch den Abdruck von Dokumenten und Fotografien veranschaulicht werden. Auch durch fundierte Heimatforschung werden Lücken geschlossen.

---

<sup>1</sup> Sabine Paehr: Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in den Dörfern der heutigen Wedemark. Der politische Wandel in den Gemeinden in der Zeit der Weimarer Republik (= Die Geschichte der Wedemark von 1930 bis 1950. Band 3), herausgegeben von der Gemeinde Wedemark. Wedemark 2017.

Für den Festvortrag konnte Professor Rolf Wernstedt gewonnen werden, zwischen 1990 und 1998 Niedersächsischer Kultusminister, dann bis in das Jahr 2003 Präsident des Niedersächsischen Landtages und anschließend bis 2017 Landesvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. in Niedersachsen. Höchst vielschichtig und tiefgründig befasst sich Professor Wernstedt mit dem Thema „Die Kultur der Erinnerung – Eckpfeiler bundesdeutscher Identität“. „Erinnerung“ und „Erinnerungskultur“ werden als Topoi analysiert, der Entstehung beziehungsweise Konstruktion eines kollektiven historischen Gedächtnisses und einer nationalen Narration im 19. Jahrhundert wird nachgegangen und die prägende Rolle der Geschichte des 20. Jahrhunderts „für die erinnerungskulturelle Gestalt der heutigen deutschen Gesellschaft“ herausgearbeitet. Ein Alleinstellungsmerkmal der Erinnerungskultur in unserem Lande sei das Bemühen, insbesondere mit Blick auf die Gräueltaten der NS-Zeit, „eine negative Erinnerung im nationalen Selbstbild zu verankern.“ Diese Bemühungen sind keine akademischen Spielereien: Es gehe darum, für die Epoche nach dem Ableben der Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges zu garantieren, dass nachfolgende Generationen sich einer Erinnerungskultur verpflichtet sehen, die Hilfe, Krieg und Völkermord zu verhindern.

Auch die Programmpunkte des Symposiums, die in diesem Band nicht in Form von Textbeiträgen dokumentiert werden können und müssen, seien an dieser Stelle gewürdigt. Zu erwähnen ist vor allen Dingen das Engagement der jungen Musikerinnen und Musiker der Musikschule Wedemark, die durch hervorragende Gesangs- und Instrumentalbeiträge für einen angemessenen künstlerischen Rahmen sorgten.

Sabine Paehr ergänzte den „Kurzkomentar“ Carl-Hans Hauptmeyers durch eine Power-Point-Präsentation ausgewählter Ergebnisse ihrer Arbeit über die Wahlen in der Phase der Weimarer Republik. Zu wünschen ist, dass ihr Beitrag bei den zahlreichen Anwesenden das Interesse geweckt hat, den Band 3 der Schriftenreihe zur Hand zu nehmen und sich intensiver mit der Materie zu beschäftigen.

Ferner war es meine Aufgabe, den „Stand der Forschungsarbeiten zur Situation der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter und zu Vorschlägen für mögliche Gedenktafeln in Erinnerung an das Schicksal der durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft auf dem Gebiet der heutigen Wedemark umgekommenen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter“ zu erläutern. In diesem Zusammenhang ist ausdrücklich zu betonen, dass die geschilderten Ergebnisse aus umfangreichen Recherchen resultieren, die Helge Kister vom Arbeitskreis Regionalgeschichte e. V. vorgenommen hat. Ihm gelang es vor allen Dingen, die Liste derjenigen Personen zu vervollständigen, die als Kriegsgefangene, als Zwangsarbeiter oder in anderer Funktion im Raum Wedemark zu Tode kamen – auf welche Art auch immer. 19 Opfer, Kinder, Frauen und Männer, sind derzeit namentlich bekannt. Es wird aber weiterhin geforscht. In einem zweiten Schritt bemühte sich Helge Kister, die letzten Ruhestätten dieser Personen zu ermitteln – eine aufwendige, oft erfolglose Suche, da die Verstorbenen zwar mehrheitlich in der Wedemark bestattet, jedoch später in vielen Fällen umgebettet wurden.

Der wichtigste Anlass für diese Forschungen war der Wunsch der Gemeinde Wedemark, Erinnerungsorte zu schaffen, an denen dieser Opfer namentlich gedacht werden kann. Ein möglicher Ort sind deren letzte Ruhestätten in der Wedemark. Im Rahmen des Symposiums wurde daher auch ein erster Entwurf für eine Hinweistafel präsentiert. Wo, mit welchem Text und in welcher äußeren Form letztendlich der Opfer gedacht wird, sollte am Ende eines Diskussionsprozesses entschieden werden.

Zum Abschluss möchte ich gern allen, die hier nicht namentlich erwähnt werden konnten, die aber vor und hinter den „Kulissen“ zum Gelingen des Symposiums vom 9. November 2017 beigetragen haben, besonders herzlich danken.



## ***Begrüßung***

*Helge Zychlinski – Bürgermeister der Gemeinde Wedemark*

Sehr geehrte Damen und Herren,  
ich begrüße ganz herzlich Herrn Dr. Enste, den Landtagspräsidenten a. D. Professor Rolf Wernstedt, Herrn Professor Dr. Hauptmeyer, Frau Sabine Paehr und Herrn Stöber und alle anderen Mitwirkenden am Projekt. Besonders herzlich willkommen sind mir die Autorinnen und Autoren der Buchbände unserer Geschichtsreihe, hier besonders auch Otto Hemme, Max Steinborn und Heinrich Frank, die anwesenden Zeitzeugen sowie die Schüler und Lehrkräfte des Gymnasiums Mellendorf und die Historische Arbeitsgemeinschaft sowie alle namentlich nicht Erwähnten, die das Projekt in bewundernswerter Weise vorantreiben. Mein Gruß gilt auch allen anwesenden Rats- und Ortsratsmitgliedern, die mit ihrem tagtäglichen ehrenamtlichen Engagement unsere örtliche Demokratie mit Leben erfüllen.

Geschätzte und verehrte Gäste, ich freue mich sehr, Sie zum zweiten Symposium im Rahmen der Forschungsreihe „Die Geschichte der Wedemark von 1930 bis 1950“ begrüßen zu können. Bei der ersten Veranstaltung im vergangenen Jahr hatte ich Ihnen versprochen, dass wir das Thema weiter intensiv bearbeiten und dass wir unsere Geschichte weiter aufarbeiten werden. Und ich begrüße es außerordentlich, dass diese Veranstaltung heute, ausgerechnet am 9. November, einem für die Deutschen sehr wichtigen Tag, unsere Geschichtsreihe fortsetzt.

Zur Erklärung: Am 9. November 1848 wurde Robert Blum, linksliberaler Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, im Rahmen der Märzrevolution unter Missachtung seiner Abgeordnetenimmunität von einem Hinrichtungskommando erschossen. Heute vor 99 Jahren verkündete Reichskanzler Max von Baden eigenmächtig die Abdankung von Kaiser Wilhelm und betraute Friedrich Ebert mit seinen Amtsgeschäften. Philipp Scheidemann rief gegen 14 Uhr vom Reichstagsgebäude die



*Bürgermeister Helge Zychlinski*

„deutsche Republik“ aus. Zwei Stunden später verkündete der Spartakist Karl Liebknecht vom Berliner Stadtschloss aus die „deutsche Räterepublik“ – die Demokratie in Deutschland startete mit gravierenden Konflikten. 1938 steckten die Nazis reichsweit Synagogen in Brand und organisierten Übergriffe gegen Juden und jüdische Einrichtungen – in der Pogromnacht oder, wie sie von den zynischen Menschenverächtern genannt wurde, in der „Reichskristallnacht“. An der Hamburger Universität tauchte am 9. November 1967 bei der feierlichen Amtseinführung des neuen Rektors erstmals ein Transparent mit dem Spruch auf: „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“. Und 1989 fiel die Berliner Mauer, nachdem SED-Politbüromitglied Günter Schabowski auf einer Pressekonferenz die Gewährung von Reisefreiheit bekannt gegeben hatte. „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“ Hieran erinnern wir uns alle noch gerne.

Die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte erklärt unsere Gegenwart und mahnt für die Zukunft. Wir haben aus der Geschichte gelernt. Darüber sind wir uns hier im Saal sicherlich einig – und auch da draußen, in unserer Gemeinde, in unserem Land, werden das die Menschen auch so sehen. Ist das wirklich so? Gerade die Wochen vor den Bundestags- und Landtagswahlen haben mir gezeigt, wie wichtig die ehrliche Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist und dass wir in unserem Projekt und unserem Bemühen nicht nachlassen dürfen: Meine Damen und Herren, mir verschlug es förmlich die Sprache – und ich bin sicher, die meisten von Ihnen waren auch fassungslos –, als wir Anfang September im Fernsehen auf allen Kanälen mit ansehen und -hören mussten, wie AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland beim sogenannten Kyffhäusertreffen unverblümt forderte, einen Schlussstrich unter die Nazi-Vergangenheit zu ziehen und die Taten deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg neu zu bewerten. Mit Blick auf die NS-Zeit von 1933 bis 1945 behauptete er feist: „Man muss uns diese zwölf Jahre nicht mehr vorhalten. Sie betreffen unsere Identität heute nicht mehr.“ „Wir haben auch das Recht, uns nicht nur unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit zurückzuholen“, geiferte der Populist in die Mikrofone. Gauland forderte außerdem eine Neubewertung der Taten deutscher Soldaten in beiden Weltkriegen. Wenn Franzosen und Briten stolz auf ihren Kaiser oder den Kriegspremier Winston Churchill seien, „haben wir das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“. Die Kameras zeichneten diese Ungeheuerlichkeiten auf, die Redaktionen verbreiteten die Floskeln auf allen Kanälen.<sup>1</sup>

Und Alexander Gauland zum Trotz, meine Damen und Herren, diese zwölf Jahre betreffen uns heute sehr wohl. Das haben nicht nur unsere aktuellen lokalen Recherchen gezeigt. Denn in der Wedemark war die Welt zwischen 1933 und 1945 nicht anders als im übrigen Deutschland. Denn hier bestand die Bevölkerung auch nicht nur aus Unwissenden, Unpolitischen oder Widerspenstigen. Nicht nur die zwölf Jahre des Re-

<sup>1</sup> Alexander Gauland beim Kyffhäusertreffen der AfD in Thüringen am 02.09.2017.

gimes, sondern ebenso die Frage, wie es dazu kommen konnte, muss uns weiterhin auch auf der lokalen Ebene beschäftigen, um solch eine Katastrophe nicht noch einmal zuzulassen. Herrn Gauland möchte ich entgegenrufen: „Die Geschichte unserer Gemeinde, unseres Landes bestimmt natürlich unsere heutige Identität, genauso wie alle Erfahrungen, die Menschen im Laufe ihres Lebens machen, deren Identität prägen. Wir wollen die wahre Geschichte unserer Gemeinde kennenlernen, nicht die geklitterte Version der Populisten.“

Die Fakten nicht wahrhaben zu wollen, das scheint jedoch ein tief verwurzelter Wunsch zu sein: „Wir wollen nicht ewig die Sündenböcke sein, die heutige Generation ist nicht Schuld an den Verbrechen der Nazizeit, wir haben uns genug erinnert, das ist doch schon alles so lange her. Wir sollten stolz auf das sein, was wir erreicht haben.“ Dieses Mantra kennen wir alle nur zu gut, verehrte Gäste. Und dieses Mantra hören wir immer öfter und lauter. Die Erfolge der Rechtspopulisten zeigen uns: Es wird zunehmend nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand, sondern ungeniert, offen und laut und in der Öffentlichkeit oftmals unwidersprochen hergebetet: „Wir trauen uns wieder was.“ Mittlerweile ziehen die Rufer dieser unheilvollen Formulierungen, von leider viel zu vielen Bürgerinnen und Bürgern gewählt, in die Parlamente ein. Deshalb nutze ich die Chance den beiden anwesenden Bundes- beziehungsweise Landtagsabgeordneten Caren Marks und Editha Lorberg Kraft und Ausdauer zuzusprechen. Der Parlamentarismus in Deutschland erlebt gegenwärtig eine Zeitenwende. Wir brauchen daher starke Abgeordnete, die den mittlerweile im Parlament vertretenden Populisten, die nichts Gutes mit unserer Demokratie im Schilde führen, entgegentreten und den Parlamentarismus gegen diesen neuen Gegner im Inneren verteidigen.

Bekanntlich zieht ein Mantra seine Kraft nicht aus seinem Sinn, sondern aus seiner Wiederholung. Oft genug wiederholt, verlieren diese fatalen Formulierungen ihren Schrecken und werden sukzessiv zur eigenen Wirklichkeit. Sie mutieren dann auch zum „common sense“, vom Alltagsdenken zum Teil des dann gerne als Rechtfertigung herbeizitierten „Ge-

sunden Menschenverstandes“. Fakten, die dem widersprechen, werden als unglaubwürdig und als „fake news“ abgetan. Gerade auch in der Gemeinde erleben wir es leider immer wieder: Das Einzige was für eine, Gott sei Dank noch kleine, aber immer größer werdende Zahl von Menschen zählt, ist das Bauchgefühl, die anscheinend einfache Lösung, die Opposition Gleichgesinnter, die sich, wie das kleine gallische Dorf, gegen das übermächtige Imperium, das vermeintliche Establishment stemmen. So wird der Widerspruch gegen ein Parkknöllchen als eine Art Freiheitskampf geführt, die Beschwerde über eine zu spät gemähte öffentliche Grünfläche emotional ausgekostet und in den sozialen Medien breitgetreten. Wenn man selber von der Radarfalle geblitzt wird, steht das Urteil schnell fest: „Das sind nur Abzocker! Kümmert euch endlich mal um die wirklich wichtigen Sachen!“ Wenn nicht die Wunsch-KiTa besucht werden kann, ist es um die Zukunftschancen des Kindes geschehen. Klar wird in jedem Fall: Richtig ist nur, was für die Betroffenen selber wichtig ist. Über die eigene Rolle in der Gesellschaft, komplizierte Sachzwänge und die Rechte anderer wird zu selten sinniert.

Mahner und Andersdenkende werden in einen Topf geworfen und als Gefahr für das eigene Wohlbefinden identifiziert. Zusätzlich ist erschreckender Weise tagtäglich zu beobachten, dass Aggressionen immer mehr Raum gegeben wird. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rathaus, in den KiTas, aber auch Hausmeister und Lehrende an den Schulen berichten fast täglich von verbaler Gewalt, die sie immer wieder am eigenen Leib erfahren müssen. Die Empathie geht auch unserer Gesellschaft, so fürchte ich derzeit, immer mehr verloren. Wenn sich Menschen aus der Not geboren nur noch um ihre eigenen Belange kümmern können, kann ich das ja bis zu einem bestimmten Grad noch verstehen. Aber dass solche Angriffe auch in der Wedemark nicht in erster Linie von den Schwächsten ausgehen, erfüllt mich mit Verwunderung und tiefer Sorge. Uns in der Wedemark geht es insgesamt sehr gut. Hier kämpfen zum Glück nur wenige Menschen mit Existenznot, wir haben annähernd

Vollbeschäftigung. Befragungen bestätigen uns immer wieder, wir nennen uns zu Recht „Wohlfühlgemeinde“.

Jens Jessen, Redakteur im Ressort Feuilleton, DIE ZEIT, geht sogar so weit, von einem neuen Hassbegriff zu sprechen, der die westliche Welt erfasst habe. Es gehe heute gegen die Eliten im Allgemeinen. Nicht die faktische Macht alleine, sondern auch die bloß angemessene, nicht nur Geld, sondern auch Bildung und soziale Stellung erregten Hass, analysiert Jessen. Leider gäben „Panama-“ und „Paradise-Papers“ Verschwörungstheorien und Elitenhass zugegebenermaßen neue Nahrung, basierend auf einem realen Fundament.<sup>1</sup>

Aber: Die Summe der divergierenden Entwicklungen in unserer Gesellschaft treibt mich um. Zusammen mit einer erstarkenden nationalistischen Bewegung in unserem Land entsteht eine brandgefährliche Mischung, denn die Mechanismen und die Rhetorik der Populisten sind damals wie heute die gleichen. Heute scheinen sie noch gefährlicher zu sein, weil sie über viel effektivere moderne Massenkommunikationsmittel verfügen und ein fatales Eigenleben entwickeln.

So brisant die Lage erscheinen mag, bin ich aber voller Zuversicht. 88 Prozent der Wählerinnen und Wähler in der Wedemark haben bei den letzten Wahlen nicht für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gestimmt. Das Engagement von so vielen Menschen in unserer Gemeinde für die Schwachen der Gesellschaft, woher sie auch immer kommen mögen, lässt mich trotz allem positiv in die Zukunft blicken. Dazu bedarf es, sich auch künftig daran zu erinnern, die historischen Umstände zu kennen und einzuordnen zu wissen, sich wieder zu erden und die aktuelle Situation mit dem richtigen Augenmaß zu betrachten sowie die richtigen Schlüsse zu ziehen. Das ist die Aufgabe jeder Generation und heute so nötig, wie lange nicht mehr. Dafür brauchen wir eine Erinnerungskultur, die gepflegt werden muss, zumal die Ära der Zeitzeugen zu Ende geht. Beim Gedenken an nationalsozialistische Verbrechen geht es nicht darum, dass sich alle Deutschen oder Wedemärker schuldig fühlen sollen!

---

<sup>1</sup> Jens Jessen: Der Hass auf die da oben, [www.Zeit.de](http://www.Zeit.de), 22.02.2017, editiert am 05.03.2017.

Sondern es geht darum, dass alle Menschen wissen müssen, warum Widerstand gegen aufkeimende rechte Ideologien HEUTE notwendig ist! Verehrte Gäste, mit dem Geschichtsband und den Forschungsergebnissen, die uns heute vorgestellt werden, erhalten wir sehr zentrale Werkzeuge in unserem steten Bemühen um eine offene, demokratische und tolerante Gesellschaft, in der hoffentlich bald niemand wegen seines Geschlechtes, seiner sexuellen Orientierung, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen oder seiner Behinderung benachteiligt oder bevorzugt wird. Wenn wir gemeinsam nicht vergessen, wenn wir gemeinsam daran arbeiten, dann wird uns das auch gelingen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!



*Musikerin und Musiker der Musikschule Wedemark*



## ***Wahlergebnisse in den Orten der Wedemark während der Weimarer Republik – ein Kurzkomentar zum dritten Band der Schriftenreihe***

*Dr. Carl-Hans Hauptmeyer – Professor em. Historisches Seminar der Leibniz Universität Hannover*

Warum entscheiden sich große Gruppen der Wähler, bewusst so zu wählen, dass die Demokratie abgeschafft wird? Sabine Paehr hat mit ihrer Untersuchung über das Wahlverhalten in der heutigen Gemeinde Wedemark von 1919 bis 1933 die dringend notwendige, ebenso detaillierte wie arbeitsaufwendige Basisarbeit geliefert, die uns bis zum einzelnen Dorf genau die Wahlergebnisse aus der Zeit der Weimarer Republik liefert. Am Ende Ihres Beitrages stellt sie konsequent die zukünftig zu beantwortenden Fragen: Warum waren die Nationalsozialisten im Gebiet der heutigen Wedemark relativ früh erfolgreich und erzielten eine Reihe überdurchschnittlich guter Ergebnisse? Wie können wir die auffällig von den landesweiten und sogar den regionalen Durchschnittswerten abweichenden positiven Ergebnisse einiger Parteien, darunter auch kleinste politische Formationen, im Einzelfall erklären? Hier muss die folgende Detailforschung einsetzen. Im Fall des Ortes Elze werden – dies kann bereits vor Erscheinen eines der nächsten Hefte der Wedemärker Publikationsreihe zur Geschichte von 1930 bis 1950 angekündigt werden – erste Antworten gegeben.

Warum sollte, ja muss uns das Thema heute und weiterhin interessieren? Herr Bürgermeister Zychlinski hat hierzu eindringliche Worte formuliert. Nein, „die Nationalsozialisten“ fielen nicht 1933 plötzlich vom Himmel und die Deutschen mussten dann erstaunt zusehen, wie sich Macht und Herrschaft veränderten. Vielmehr: Die NSDAP war bereits in etlichen Regionen anlässlich der letzten demokratischen Wahlen der Weimarer Republik stärkste Partei geworden, so auch im Gebiet der heutigen Gemeinde Wedemark, und für die Phase bis weit in die Zeit des Zweiten



*Prof. em. Dr. Carl-Hans Hauptmeyer*

Weltkriegs hat sich in der Fachliteratur nicht von ungefähr der Begriff „Zustimmungsdiktatur“ durchgesetzt. In einer Zeit, in der Rechtspopulismus in Europa nicht mehr eine zu vernachlässigende Marginalie ist, sollte uns das nachdenklich stimmen. Aus unserer eigenen regionalen Geschichte nämlich können wir lernen, unter welchen Bedingungen sich eine Demokratie durch das Votum ihrer Wähler selbst ad absurdum führt.

Beatrix Herlemann hat in ihrem 1993 erschienenen Buch „Der Bauer klebt am Hergebrachten“ nahegelegt, dass im ländlich-kleinstädtischen Raum der niedersächsischen Geest – evangelisch geprägt und teils der welfischen Autonomie, einem selbständigen Land oder gar dem Königreich Hannover nachtrauernd – ein fruchtbarer Nährboden für die gesäten Argumente der Nationalsozialisten bestand. Dies wird umso deutlicher, wenn auf der Gegenseite darauf geschaut wird, welche Wäh-

ermilieu sich als relativ stabiler gegenüber dem Nationalsozialismus erwiesen. Es waren die Milieus des Kommunismus, des Katholizismus, auch die des tradierten Liberalismus und der großstädtisch-sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Gefügte Wählergruppen dieser Art fehlten im Untersuchungsgebiet allerdings.

Ohnehin gab es keine ländlich-kleinstädtische Demokratietradition. Mit den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts waren die auf ökonomischer Kooperation beruhenden Landgemeinden aufgelöst worden. Politische Aufgaben hatten sie kaum zu erledigen gehabt und bestimmend im Dorf waren die Bauern der großen Höfe, gegebenenfalls darüber hinaus noch einige Handwerker. Dies änderte sich nicht prinzipiell, als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Gemeindeordnungen in Kraft traten. Auch in den Kleinstädten dominierte weiterhin das Honoratiorentum der besser gebildeten und wohlhabenderen Bürger.

Eine Industrialisierung fand auf dem Lande kaum statt. Aber das niedersächsische Bauerntum wurde gleichsam zum Prototyp gesunden Volkstums erhoben, und zwar durch die bürgerlich-konservative Heimatbewegung des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Dem entwurzelten Proletarier wurde das Gegenbild des verwurzelten Bauern aus altem germanischen Stamm, demjenigen der in unserem Raum siedelnden Sachsen, entgegengestellt und das niedersächsische Bauernhaus, das Familie, Vieh und Ernte unter einem Dach vereinte, den rauchenden Schloten und den Arbeiterhäuschen mit Kohlgarten. Das war eine historische Konstruktion in deutlich antizivilisatorischer Absicht. Aber sie ist wirksam bis heute, wie wir zum Beispiel an der anhaltenden Heideromantik sehen. Gedanken über „Blut und Boden“ gediehen auf diese Weise, noch bevor es eine NSDAP gab, zumal die hannoversche Höfeordnung, die das Bauerntum stützte, hierzu gut passte und als eines der Vorbilder für das Reichserbhofgesetz vom September 1933 gilt.

Die Weltwirtschaftskrise erfasste mit ökonomischem Einbruch und Massenarbeitslosigkeit die ländlich-kleinstädtischen Regionen, wie diejenige der Wedemark, vergleichsweise wenig. Deutsche Bürger jüdischen Glau-

bens gab es hier kaum und irgendwelche Auswirkungen eines „Dolchstoßes“ von 1918 waren hier nicht feststellbar. Die Feindmuster des Nationalsozialismus und seine Verheißungen passten faktisch nicht zur realen Lebenssituation. Die bedrohlich erscheinenden Veränderungen fanden „draußen“ statt, doch die tradierte, die „heile“ Welt schien bedroht. Irrationale Angst, propagandistisch geschürt, ist immer wieder eine verblüffend stabile Basis für politische Fehlentscheidungen. Hiergegen hilft nur Aufklärung und Information, aber Irrationalität und Vorurteil sind starke Gegner.

Eine regionalhistorische Aufarbeitung, die zeigt, wie binnen kurzer Zeit humanitäre Ziele einer Demokratie zerstört und Krieg, Hass und Mord Leitprinzipien des Lebens werden, ist nicht einfach. Zu oft stehen wir vor der Frage, wie das nur geschehen konnte. Allerdings zeigt sich auch, dass Neuaufbau möglich ist, selbst wenn die Menschen der inhumanitären Epoche dieselben sind wie in der Aufbauzeit des Neuen. Ich leite zur Zeit ein Forschungsprojekt über eine kleine deutsche Funktionselite, die Ende der 1920er Jahr sehr weltoffen den internationalen Kontakt zu Gleichgesinnten suchte, in der aber wenige Jahre später viele meinten, der Nationalsozialismus werde wünschenswerte positive Veränderungen bringen, zumal autoritäre und faschistische Regime in Europa rasch neu entstanden. Wie „braun“, das sei kurz erwähnt, unter anderem die Hochschulen bereits vor 1933 waren, ist gerade jüngst am Beispiel der TH Hannover untersucht worden.

Jenes internationale Netzwerk der benannten Funktionselite währte in Deutschland bis 1937 fort, zwar durchaus kritisch von der NSDAP beäugt, aber in verblüffend rascher Anpassung an das neue Regime, vor allem durch sofortigen Ausschluss jüdischer Mitglieder. Wie in so vielen Verbänden konnte nach 1945 behauptet werden, man sei ja im Nationalsozialismus verboten worden. Allerdings: Viele der Überlebenden hatten leitende Positionen in Kriegswirtschaft, Staat und Armee inne. Als Ende der 1940er Jahre die entsprechende Organisation dank ausländischer Hilfe wieder aufgebaut wurde, bekannte man sich zu humanitären

Zielen. Doch viele Personen, die für Nationalsozialismus, Krieg und auch Verbrechen Verantwortung getragen hatten, wurden aufgenommen. Nur die wenigstens von ihnen bekannten sich zu ihrer Vergangenheit, ja, eine systematische Aufarbeitung dieses Sachverhalts wurde bis vor wenigen Jahren unterdrückt. Ich nenne dieses Beispiel, weil bei der regionalgeschichtlichen Aufarbeitung der NS-Zeit, wie wir aus vielen neuen Untersuchungen wissen, sehr ähnliche Ergebnisse zu Tage treten dürften.

Daher haben solche regionalgeschichtlichen Studien einen großen allgemeinen Wert. Sie zeigen nicht nur, wie ein demokratisches System mit Willen und Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung zerfallen kann und wie aus einem mörderischen und menschenverachtenden System nach dessen Zerstörung dennoch eine neue humanitäre Ordnung zu entstehen vermag. Offenbar kann dabei nicht auf einen Teil der Funktionseelite der vorangegangenen Zeit verzichtet werden, doch ist ein klares Bekenntnis der dem alten System Dienenden zur neuen Ordnung einzufordern. Anderenfalls müssen, so wie hier nun geschehen, durch wissenschaftliche Forschung und differenzierte Interpretation die lange verschleierte Zusammenhänge aufgedeckt werden.

Wir sehen zur Zeit, dass in manchen Staaten ein gefährlicher Weg beschritten wird, der an Deutschland Anfang der 1930er Jahre erinnert. Da heißt es: Wehret den Anfängen! Wir können aber auch hoffen, dass eines Tages üble Regime zusammenbrechen, und man mag derzeit dabei an Nordkorea denken. Dann heißt es: Arbeitet sofort die Vergangenheit auf! Für beides liefern regionalgeschichtliche Untersuchungen in Deutschland von den 1920er bis zu den 1950er Jahren wichtige Erkenntnisse.



*Sabine Paehr, Prof. em. Dr. Carl-Hans Hauptmeyer, Otto Hemme, Dr. Franz Rainer Enste*

## ***Zum Buchprojekt „Leben in einem deutschen Dorf von 1930 bis 1950“***

*Otto Hemme – Heimatforscher aus Elze, Gemeinde Wedemark*

Dies wird kein wissenschaftlicher Vortrag. Ich möchte lediglich zeigen, warum gerade ich so eng mit diesem Thema Nationalsozialismus in Elze verbunden bin. Ich wurde 1953 auf einem Bauernhof in Elze geboren. Mein Vater Otto ging 1936 zum Arbeitsdienst, 1938 zur Wehrmacht und war anschließend bis 1945 „im Krieg“. Am 8. März 1944 war er auf Genesungsurlaub in Elze; er hatte Granatsplitter im Fuß. Um die Mittagszeit wurden drei amerikanische Bomber und ein deutsches Jagdflugzeug im Raum Elze abgeschossen. Ein amerikanisches Crewmitglied landete schwerverletzt mit dem Fallschirm am Ortsrand von Elze. Pflichtbewusst fuhr Otto Hemme mit dem Fahrrad und einem Karabiner bewaffnet dorthin, um den Amerikaner festzunehmen. Ein französischer Kriegsgefangener half bei der Erstversorgung. Anschließend brachten sie den Verletzten in einem Handwagen zum Spritzenhaus. Das alte Spritzenhaus war zu Kriegszeiten provisorisches Lazarett und Gefängnis zugleich. Nun wollte Otto Hemme aber noch den Fallschirm – aus reiner Seide – des Amerikaners bergen. Aus ihm sollte das Brautkleid für seine Verlobte Elfriede Sprengel geschneidert werden. Gleich nach dem Krieg wollten sie heiraten. Und diesen Fallschirm, aus dem das Brautkleid für meine Mutter entstanden ist, habe ich Ihnen heute mitgebracht.

Die Braut Elfriede Sprengel war die Tochter des Bürgermeisters von Elze aus der Nazizeit, Willi Sprengel. Das war mein Großvater. Wilhelm Sprengel wurde am 1. April 1933 in einem demokratischen Verfahren zum Bürgermeister von Elze gewählt. Die fünf SPD-Gemeinderatsmitglieder gaben allerdings bereits leere Stimmzettel ab. Am 30. August wurden die Sozialdemokraten gemäß eines im Ratsprotokoll nicht näher bezeichneten Reichsgesetzes vom Gemeinderat ausgeschlossen. Das war das Ende der Demokratie in Elze. Wilhelm Sprengel selbst hat sich aber immer als einen legitim gewählten Volksvertreter gesehen und war sich keines



*Otto Hemme mit dem Elzer „Bürgermeisterarchiv“ und dem amerikanischen Fallschirm*

Unrechts bewusst. Deshalb hat er auch, im Gegensatz zu den meisten Amtskollegen aus der Wedemark, alle Gemeindeakten aufbewahrt und nicht bei Kriegsende verbrannt. Und auch diese – seine – Hinterlassenschaft habe ich Ihnen heute mitgebracht. Mit diesem Fundus sind wir in der Lage, doch ein ziemlich genaues Bild dieser Zeit nachzuzeichnen: im Rahmen des Buchprojekts „Leben in einem deutschen Dorf von 1930 bis 1950“.

Allerdings wollte und konnte ich diese Aufgabe nicht allein „stemmen“. Froh war ich, als Max Steinborn sich bereit erklärte, die in Sütterlin geschriebenen Gemeinderatsprotokolle zu transkribieren. Als entwurzelter Bauernsohn aus Ostbrandenburg interessierte er sich darüber hinaus für die Akten des Ortsbauernführers. Weil er als junger Mensch schon mit diesen Dingen vertraut war, lag es ihm am Herzen, auch darüber zu berichten. Ein Glücksfall für mich ist auch die Mitarbeit von Heinrich Frank.



Herr Frank ist pensionierter Lehrer des Gymnasiums Mellendorf. Mit Hingabe hat er sich dem Thema Schulakten gewidmet. Erst durch ihn ist mir bewusst geworden, wie sehr die Nazis die jungen Leute mit ihren Ideen indoktriniert haben.

Welche Aufgaben hatte mein Großvater Wilhelm Sprengel als Bürgermeister und im Rahmen anderer ehrenamtlicher Tätigkeiten? Das Bürgermeisterbüro und auch das Standesamt wurden in Sprengels „guter Stube“ eingerichtet. Zu seinen Aufgaben als Bürgermeister gehörte es, sich mit seinen Ratskollegen unter anderem über soziale und steuerliche Belange, über Straßen- und Wegebau abzustimmen und Entscheidungen herbeizuführen. Als Standesbeamter musste er An- und Abmeldungen von Bürgern vornehmen, Trauungen abhalten sowie Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden ausstellen. Der Schulausschussvorsitzende Sprengel hatte gemeinsam mit dem Dorfschullehrer Schöner die Schulangelegenheiten zu verwalten und vor allem die Vorgaben der NSDAP auch in diesem Bereich umsetzen. Mit Kriegsbeginn musste er Lebensmittelmarken und Bezugsscheine an die Dorfbewohner ausgeben. Im November 1939 ist in Elze ein Gefangenenlager – auch für alle umliegenden Ortschaften – eingerichtet worden: Wilhelm Sprengel wurde der Verwalter des Lagers. Anfang des Krieges wurde er auch Ortsbauernführer und musste die Lebensmittellieferungen zunächst für Nazideutschland, später für die Alliierten sicherstellen. Als Vorsitzender der Jagdgenossenschaft Elze war es seine Aufgabe, den genossenschaftlichen Bauernwald an Jäger zu verpachten. Bei Wildschäden wurde er vermittelnd tätig. Es ist kaum anzunehmen, dass er seinem eigentlichen Beruf als Bauer in vollem Umfang nachkommen konnte. Erst ab 1943 bekam er eine Schreibkraft, die ihm die meiste Büroarbeit abnehmen konnte.

Kurz vor dem Einmarsch der Alliierten gab der Bürgermeister die Weisung heraus, dass jeder weiße Tücher und Laken aus den Fenstern hängen solle – zum Zeichen der Gewaltlosigkeit. Da sich alle Dorfbewohner daran hielten, gab es in Elze keine Toten oder Verletzten beim Einmarsch der Amerikaner und Engländer. Es wurde auch kein Gebäude beschädigt.

Wilhelm Sprengel ist am 11. August 1945 von der Britischen Militärregierung ab- und SPD-Mitglied Willi Lenthe als sein Nachfolger eingesetzt worden. Die bäuerlichen Ämter hatte Sprengel noch einige Jahre weiter inne.

Im Rahmen unserer Arbeit am Projekt „Leben in einem deutschen Dorf von 1930 bis 1950“ befassen wir uns aber auch mit anderen Themen, wir widmen uns beispielsweise

- dem Thema SPD-Mitgliedschaft während des „Dritten Reiches“,
- Zeitzeugenberichten von Flüchtlingen,
- Kindern und Jugendlichen aus der Kriegszeit,
- ungewollten unehelichen Kindern,
- einem „halbjüdischen“ Mitbürger aus Elze und
- gemeinsam mit einem ehrenamtlichen Mitarbeiter des Landes Niedersachsen auch den Flugzeugabstürzen von Maschinen der Alliierten und der Wehrmacht in der Wedemark.

Die Ergebnisse unserer Arbeit wollen wir nun „in Buchform bringen“ und dabei zur Veranschaulichung neben Abbildungen auch zeitgenössische Dokumente präsentieren.

## ***Die Kultur der Erinnerung – Eckpfeiler bundesdeutscher Identität***

*Professor Rolf Wernstedt – Präsident des Niedersächsischen Landtages und Niedersächsischer Kultusminister a. D., ehemaliger Landesvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge Niedersachsen e. V.*

### **I. Begriffliches**

#### 1. Erinnerung

Nach Aleida Assmann ist zu unterscheiden zwischen individueller Erinnerung (Einzelne, die Familie, den nahen Lebensraum betreffend), kollektiver Erinnerung (alle in einer Gesellschaft betreffende Erinnerung an Krieg, Katastrophen, Notzustände wie Hunger, politische Katastrophen etc.), gesellschaftlicher oder sozialer Erinnerung an spezifisch eine soziale Gruppe betreffende Ereignisse (wie lokale Ereignisse, Fluchterfahrungen, berufliche Erlebnisse), wissenschaftlich reflektierter, diskursiver Erinnerung (alles, wonach man fragt und was durch Kommunikation für viele Bestandteil des Gedächtnisses wird, wie Ergebnisse von Ausgrabungen, Wissen um die Eiszeit ...) sowie offizieller, politisch-sozial gewollter und propagierter Erinnerung. Alles zusammen genommen macht die Erinnerungskultur aus.

#### 2. „Die Erinnerungskultur“

Die Erinnerungskultur als einen fest abgeschlossenen, inhaltlichen und normierten Tatbestand gibt es nicht. Der Begriff ist neu. Er meint das, was die Menschen erleben und über sich, ihre Familie, ihren sozialen Raum, ihren regionalen oder nationalen Lebensraum, eventuell ihre politisch und historisch vorgetragene und gelebte Eingebundenheit erzählen.

#### 3. Sich erinnern ist zu unterscheiden von erinnern (transitiv)

a) Wer sich erinnert, erzählt oder rekonstruiert selbst Erlebtes. Dies ist naturgemäß individuell, selektiv und gewollt. Jeder weiß, dass das Erinnerte richtig, aber auch falsch sein kann. Das Richtige kann sich auf die Umstände und den Kern eines Ereignisses, eines Tatbestandes oder



*Prof. Rolf Wernstedt*

einer Aussage beziehen. Es handelt sich aber immer zugleich um eine bestimmte Interpretation des Erinnerten, in der Irrtümer, Weglassungen, Verdrängungen, Lügen, Übertreibungen, Ausgewähltes und damit Bewertetes eine Rolle spielen können. Man ist sich seiner Erinnerung nie sicher. Sie kann sich auch im Laufe der Zeit verändern, weil etwas vergessen oder anders interpretiert wird. Deswegen ist die aus der Zeit stammende Quelle (Berichte, Briefe, Überlieferungen, Aufzeichnungen etc.) so wichtig.

Es gibt auch derartig fest gefügte Erinnerungen, die mit Freude, Einmaligkeit, Erschütterung oder anderen tief sitzenden Eindrücken verbunden sind, sodass sie den Charakter eines unumstößlichen Tatbestandes annehmen. Das kann auch bis zu traumatischen Erscheinungen führen. Die Glaubwürdigkeit und damit Richtigkeit solcher Erinnerungen kann durch die Nennung von signifikanten, scheinbar nebensächlichen Tatbeständen untermauert werden.

b) Etwas erinnern meint, eine vergangene Tat, eine Rede, ein Ereignis zu benennen. Dieser Benennung geht ein Interesse voraus, weshalb man das tut – also entweder ein reines Wissensinteresse (was gewesen ist), ein Überlieferungsinteresse (was man in Familie und Bildungseinrichtungen erzählen und damit sichern will) oder ein politisches Interesse, was man übergreifend als Wissens- und Überzeugungsbestand geltend haben will. Initiatoren eines solchen Erinnerns können Einzelpersonen, soziale Gruppen, Medien, Verbände, gesellschaftliche Lobby-Interessen oder die Politik sein. Dieses Erinnern ist immer absichtsvoll und interessengeleitet. Es begegnet uns in Erinnerungstagen, Zeitungsartikeln, Fernsehsendungen, Büchern, wissenschaftlichen Abhandlungen und politischen Meinungsbildungen. Wenn man von Erinnerungskultur redet, meint man in der Regel diesen Teil des Erinnerns.

## **II. Historisches**

Jedes individuelle Erinnern ist verwoben mit kollektiven Erfahrungen, die über das Individuelle hinausgehen. Schon der Besuch einer Kindertagesstätte oder Schule ist eine gesellschaftlich-politische Erfahrung, weil man beides nicht allein kann, sondern gezwungen wird, dies zu tun. Alle individuellen Erlebnisse, die man dort macht, sind kollektiv vermittelt. Dasselbe gilt für alles, was man im Beruf erlebt. Die Lebensvollzüge, die man dort erlebt, geschehen in bestimmten Regelmäßigkeiten (Zeitvorgaben, normierte Anforderungen, verpflichtendes Verhalten).

Die Freiheitsvorstellungen, die wir haben, entzündeten sich an der Frage, ob alles nötig ist, was geregelt wird, oder nicht. Aber schon bei der Be-

trachtung dieser Tatbestände vermischen sich individuell-familiäre und allgemeine Gesichtspunkte. Zum Beispiel war die Schule unserer Eltern und Großeltern anders als die heutige. Erziehungsstil und Inhalte, Schulformen und Hilfsmittel, Anleitung und Selbständigkeit sind von Generation zu Generation unterschiedlich und werden sowohl familiär als auch gesellschaftlich-politisch behandelt, bewertet und gegebenenfalls geändert. Es gibt ein kollektives Erinnern an die Schule, es ist aber individuell und zeitlich/generationenabhängig unterschiedlich geprägt. Besonders signifikant ist dies, wenn man die im engeren Sinne historisch-politischen und kulturellen Dimensionen betrachtet. Worauf haben die über Kirche, Politik und Militär Herrschenden Wert gelegt, wenn es darum ging, dass man etwas können, wissen und davon überzeugt sein soll?

a) Die Kirche hat zu Frömmigkeit und religiöser Beherrschung der Riten (Gottesdienste, Feiertage, Lieder, Einhaltung von allgemein befolgten Riten wie Geburt, Taufe, Reife, Trauung und Beerdigung etc.) aufgerufen und deren Akzeptierung verlangt beziehungsweise erwartet. Nichts ist in einer Gesellschaft prägender als diese Dimension, ganz gleich, ob sich jemand selbst für religiös hält oder nicht. Das gilt für jede Gesellschaft. Hier ist das kollektive Gedächtnis ganz stark und prägt das Zugehörigkeitsgefühl und damit das kulturell-religiös bestimmte Gedächtnis.

b) Die Bildungseinrichtungen – und damit die Verantwortlichen für Schule und deren Inhalte – haben seit dem 19. Jahrhundert verstärkt Geschichtserzählungen, ganz gleich, ob in Form von Geschichts-Unterrichtsstunden oder in allgemeinen Zusammenhängen, als Legitimationsinstrument verwandt. Erinnern im transitiven Sinn wurde damit als Indoktrinationsraum verstanden. Die aufkommenden nationalen Perspektiven der einzelnen Völker und Herrschaften wurden selbstverständlich – auch in Deutschland. Dies ist der Ort der bewussten und absichtsvollen Konstruktion eines kollektiven historischen Gedächtnisses, das der Identität der Adressaten dient. Die auf die nationale Identität ausgerichtete Bemühung sollte bewusst dazu führen, dass sich Menschen, die sehr lange eine gemeinsame Geschichte hatten, dieses Umstandes bewusst werden

und sich dadurch als Gemeinschaft fühlen konnten und auch so gesehen wurden. Dieses Erinnerungskonstrukt konnte in Deutschland in Konkurrenz zu den traditionellen monarchischen Legitimationsbedürfnissen geraten. Deutschland hat in das nationale Narrativ bis in den Ersten Weltkrieg hinein die monarchischen Absichten integriert. Man braucht sich nur einmal die sogenannten Realienbücher der Volksschulen vor dem Ersten Weltkrieg anzuschauen, in denen die rührseligsten Geschichten aus den monarchischen Familien erzählt werden (in Preußen über die Hohenzollern unter Einschluss Friedrich II. und Wilhelm II., in Bayern über die Wittelsbacher, in Hannover bis 1866 über die Welfen usw.). Die Absicht war klar: Die Erinnerung und Schilderung des Gottesgnadentums der Monarchien sollte deren historisch-politischen Herrschaftsanspruch bestärken. Zuwiderlaufende Bestrebungen wie die demokratischen seit 1848 oder das katholische Selbstbewusstsein (man denke an Ludwig Windthorst!) kamen kaum vor, sondern fristeten in ihren Parallelgesellschaften und Milieus ihren Teil der Erinnerung. Angeknüpft wurde an signifikante Kriegseignisse wie an den Deutsch-Französischen Krieg oder an Kolonialereignisse. Der Sedanstag und seine feierliche Begehung gehörte genauso zum nationalen Identitätsritus wie Kaisers Geburtstag. Unterfüttert wurde diese Perspektive durch das entsprechende Liedgut und die Lektüreauszüge und Gedichte. Dabei ist in Deutschland interessant, dass seit der Wiederentdeckung der griechisch-römischen Antike durch Johann Joachim Winckelmann und die deutsche Klassik ein Element der kulturellen Fremdheit in den deutschen Schulen, zumindest den Gymnasien, und im gebildeten Bürgertum Fuß fasste, das vom politischen Kern der historisch-politischen monarchischen Indoktrination ablenkte. Doch Wilhelm Tell, die Glocke, den Prometheus oder den Nathan konnte man individuell aufklärerisch oder national gerichtet verstehen. Die hervorstechenden positiven Charaktere wurden als besonders „deutsch“ gepriesen. Und Ludwig Uhlands „Ich hatt' einen Kameraden“ von 1809 gehört auch heute noch zum Ritual fast jeder Volkstrauertagsveranstaltung. Wirklich gefährlich für das einseitig nationalmonarchische Narrativ

wurde erst Heinrich Heine mit seinen romantischen und dies zugleich überwindenden dichterischen Erzeugnissen. Man hat ihn selbst in der frühen Bundesrepublik in den Schulen nicht gelesen.

c) Das Militär in ganz Deutschland war in allen Teilstaaten auf die jeweiligen territorialen Fürstenhäuser zugeschnitten und vereidigt worden. Jeder wehrpflichtige Soldat, der drei Jahre Dienst tat, war auf den jeweiligen Landesherrn vereidigt, so wie es auch vor 1918 gar keine deutsche Staatsbürgerschaft gab. Meine Großväter, Jahrgänge 1871 und 1887, waren noch preußische Staatsbürger. Diese auf den Monarchen ausgegerichtete Gehorsamserfüllung verlor sich nach dem Ersten Weltkrieg. Übrig blieb die seit den Befreiungskriegen verwandte Formulierung, fürs Vaterland zu dienen (und zu sterben). Es ist vielleicht ganz interessant zu konstatieren, dass der Begriff des „Vaterlandes“ auch schon Jahrhunderte zuvor für die jeweiligen Territorien, in denen man lebte, verwandt wurde. Der Vaterlandsbegriff war in seinem Ursprung nicht national konnotiert. Von Gottfried Wilhelm Leibniz ist es nachgewiesen. Dass der Vaterlandsbegriff, als er in den Befreiungskriegen inflationär wurde, eine eindeutig ideologische Funktion bekam, hat niemand Geringeres als Joseph von Eichendorff schon gesehen. Er dichtete 1809:

„Das alte Lied, das spiel ich neu,  
Da tanzen alle Leute,  
Das ist die Vaterländerei,  
O Herr, mach uns gescheute!“

Der Vaterlandsbegriff gehört in fast allen Ländern zum absoluten Arsenal nationaler Identität. Dass er auch heute eine große Rolle spielt, weiß man aus manchen soldatischen Zusammenhängen. Dass man dieses positive Gefühl auch grauenvoll missbrauchen kann, ist eine Erfahrung aus der Zeit beider Weltkriege, vor allem des Zweiten.

### **III. Das 20. Jahrhundert und die Erinnerung daran in Deutschland**

Für die erinnerungskulturelle Gestalt der heutigen deutschen Gesellschaft spielt das 20. Jahrhundert eine besondere Rolle. Dadurch, dass



die sozialen und demokratischen Traditionen in das Kaiserreich nicht integriert werden konnten, waren sie nach der Revolution zu schwach, um über ihre Milieus hinaus bewusstseinsstabil zu wirken. In den Köpfen der meisten Menschen war aber das nationale undemokratische Narrativ nicht verschwunden, sodass dieses Narrativ, verstärkt durch den Kriegsschuldparagraphen des Versailler Vertrages (Artikel 231), in seiner völkischen Zuspitzung eine aggressive und schließlich erfolgreiche Karriere machen konnte. Die Machtübertragung an die Nationalsozialisten war nur deswegen möglich, weil die antidemokratischen nationalkonservativen Gesellschaftsschichten diese aktiv beförderten. Der willentlich und verantwortungslos vom nationalsozialistischen Deutschland vom Zaune gebrochene Zweite Weltkrieg, der nach einem vom Deutschen Bundestag einstimmig gefassten Beschluss als Angriffs- und im Osten als Vernichtungskrieg bezeichnet werden muss, hat die Erinnerungskultur nachhaltig verändert.

Selbst wenn man die Geschichte der SBZ und späteren DDR und ihre Art der Geschichts- und Identitätsauffassung beiseite lässt, ergibt sich für den westlichen Teil des Nachkriegsdeutschlands erinnerungskulturell eine Sondersituation. Das nationale Gedächtnis und damit das Selbstverständnis als Nation/Volk, seine Identität, war durch die nationalistische und völkisch zugespitzte Version total diskreditiert. Daran kommentarlos anzuknüpfen, war von sich aus unmöglich und unproduktiv. Aber was sollte an dessen Stelle treten?

Der Erfahrungshorizont der deutschen Gesellschaft veränderte sich durch den Krieg und seine Folgen eindrücklich. Diese Erfahrungen ließen sich nicht einfach in ein neues, unverändertes Narrativ einbeziehen. Fünf Millionen tote deutsche Soldaten und noch mehr Verwundete sowie deren Familien, 13 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge, vollständig zerstörte Städte, fast eine Million Bombentote, Obdachlosigkeit und Hunger, dazu die unvorstellbar hohe Zahl von Toten und Kriegsverwüstungen in den Nachbarländern, für die man die Verantwortung trug,

versperrten den Weg in ein rein rückwärtsgewandtes Selbstverständnis. Wir sprechen von insgesamt mehr als 55 Millionen Toten.

Weil dies so schwer lastete, weil Millionen und Abermillionen Verantwortung, Gleichgültigkeit oder Beteiligung an diesem nationalen Desaster trugen, begann die Zeit des Verschweigens, des Verdrängens und die teilweise Wiederanknüpfung an mobilisierbare Ressentiments gegenüber „den Russen“ und dem Kommunismus und deren berechnete oder interessegeleitete Beurteilungen. So entwickelten sich unterhalb einer politischen und wissenschaftlichen Fragestellung eine Vielzahl unterschiedlicher Erinnerungen und damit Erinnerungskulturen:

- Die Vertriebenen und Flüchtlinge bekräftigten mit traditionellen Brauchtumsveranstaltungen und politischen Forderungen ihren Willen, wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können. Die Wahrheit hat man ihnen erst spät gesagt.
- Die Angehörigen der Ziviltoten und die Vergewaltigten trauerten privat, ohne sich in eine politische Mitverantwortung begeben zu können oder zu wollen.
- Die politisch, religiös und rassistisch Verfolgten erinnerten in ihren Organisationen an ihre Rolle und Verdienste, ohne dass dieses ins allgemeine Bewusstsein eindrang.
- Die Verfolgten des Stalinismus haben zu Recht den Anspruch, dass man ihre Leidenszeit würdigt und nicht vergisst. Ins allgemeine Bewusstsein hat auch dies keinen Eingang gefunden.
- An die Anwesenheit von mehr als zehn Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern und an die hunderttausenden von Opfern darunter erinnern sich meist weder die Familien, bei denen sie gearbeitet haben, noch die Firmen, sofern es sie noch gibt.

So kann man feststellen, dass es in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eine Fülle von Erinnerungskulturen gab, die sich parallel etabliert, aber zu keinem einheitlichen Narrativ geführt haben.

#### **IV. Paradigmenwechsel in der deutschen Erinnerungskultur**

Zwei Gruppen sind aber zu nennen, die von besonderer Bedeutung für die Etablierung eines neuen Selbstverständnisses deutscher Erinnerung werden sollten:

- 1) die in den Vernichtungsaktionen ermordeten Juden, Sinti und Roma sowie die in völkermörderischer Absicht angegriffenen slawischen Völker,
- 2) die deutschen Soldaten, die als Wehrpflichtige oder Freiwillige Kriegsteilnehmer waren.

Ad 1: Nachdem es in der Bundesrepublik in den 1950er Jahren noch Auseinandersetzungen darüber gab, ob die Widerstandskämpfer des 20. Juli Vaterlandsverräter waren oder nicht, setzte um 1960, 15 Jahre nach Kriegsende und mit der Zementierung der deutschen Teilung, eine verstärkte Aufmerksamkeit gegenüber dem Schicksal der in den Konzentrationslagern Umgekommenen ein. Ausschlaggebend für diesen Aufmerksamkeitswandel waren der Auschwitzprozess und die darauf folgenden anderen gerichtlichen Verfahren sowie die systematische juristische und strafrechtliche Aufarbeitung des Vernichtungsprozesses. Begleitet wurde diese Phase durch die drängenden Fragen, die die studentische Jugend an die Vätergeneration nach deren Mitwissen beziehungsweise Mitverantwortung stellte. So wurde ein Diskussionsprozess eingeleitet, der über die unmittelbar Schuldigen und Verurteilten hinausging und der die Frage nach Verstrickung, alltäglichem oder opportunistischem Verhalten und Gesinnung stellte. Literarische und wissenschaftliche sowie Erinnerungsbücher und Interviews, Berichte und Zeitzeugenaussagen rückten in die öffentliche Aufmerksamkeit. Schriftsteller wie Heinrich Böll, Günter Grass, Rose Ausländer, Martin Walser, Hans-Magnus Enzensberger, die Gruppe 47 und viele andere erfreuten sich regen Interesses. Wissenschaftliche und philosophische Bücher wie Eugen Kogons „Der SS-Staat“, Karl Jaspers „Wohin treibt die Bundesrepublik?“ oder Ernst Blochs „Das Prinzip Hoffnung“ beförderten nach der Emeritierung der alten Historikergeneration (Hermann Heimpel, Gerhard Ritter, Percy Ernst Schramm

und andere) das historisch-politologische Interesse der jüngeren Historiker und Politologen an dem Verständnis der NS-Zeit, ihrer Entstehung und ihres Versagens.

Das akademische Klima der 1960er und 1970er Jahre in den sozial- und geisteswissenschaftlichen Studiengängen stellte sich diesem Thema. Die in diesem Sinne ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen aller Bundesländer erforderten eine andere Herangehensweise an das Thema der deutschen Geschichte und ihre Interpretation. Die Richtlinien aller Schulen wurden in diesen Jahren in diesem Sinne verändert. So hatte sich die Frage nach den rassistisch motivierten Morden vor allem an den Juden sowie den Sinti und Roma in allen Bildungseinrichtungen durchgesetzt und damit einen anderen Diskurs eröffnet, als den der zu verklärenden Vergangenheit und abzuwehrenden Verantwortung.

Die aufrüttelnde Wirkung der Fernsehserie „Holocaust“ im Jahr 1979 darf für die Entstehung eines anderen historischen Bewusstseins nicht unterschätzt werden. Allerdings machten sich nun die verklärende Interpretation und die Neigung breit, die nicht zu leugnenden Verbrechen nur Hitler und relativ wenigen Verantwortlichen zuzuschreiben. Dem wirkte die seit Beginn der 1980er Jahre einsetzende regionale Aufarbeitung entgegen, die auf breiter Front die lokalen Verstrickungen erforschte und regionale Gedenkstätten etablierte. Dieser Prozess ist noch im Gange. Wie lange so etwas dauert, kann man daran erkennen, dass die erste Arbeit zu diesem Thema bereits 1966 erschien, nämlich William Sheridan Allens Buch über Northeim „Das haben wir nicht gewollt“.

Jedenfalls kann man urteilen, dass sich die Frage nicht mehr abweisen ließ, wie es sein konnte, dass sich in Deutschland mit seinem Stolz auf seine kulturellen und wissenschaftlichen historischen Leistungen ein solches barbarisches Regime etablieren konnte. Die freiwillige Etablierung des Nationalsozialismus stellt das deutsche Selbstbewusstsein und seine Erinnerungskultur vor völlig neue, unbequeme Fragen. Es muss im Bewusstsein bleiben, dass es möglich war, in diesem Kulturvolk Kräfte zu mobilisieren, die systematisch und vorsätzlich unschuldige Menschen

aus rein rassistischen Gründen mit technisch modernsten Mitteln ermordeten. Die vorsätzliche Grausamkeit, die darin zum Ausdruck kam, ist von anderer Qualität, als jede kriegerische Auseinandersetzung mit vielen Toten. Als zeitlichen Wendepunkt, diese Frage als zu Recht und als beantwortungsnotwendig gestellt zu sehen, kann man die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 ansehen. Seitdem ist es möglich, ohne falsche Verdächtigungen vom 8. Mai 1945 als dem Tag der Befreiung zu sprechen.

Der vom nationalsozialistischen Deutschland begangene Zivilisationsbruch ist auch nicht durch den Revisionsversuch von Ernst Nolte im Jahr 1986 nachträglich zu rechtfertigen. Der sogenannte Historikerstreit besiegelte gleichsam eine Erinnerungskultur neuen Zuschnitts, die die Erinnerung an die Opfer und ihre Aufforderung, so etwas nie wieder zu ermöglichen, befestigte. Am schlüssigsten hat dies 2004 Konrad Jarausch in seinem Buch „Die Umkehr“ nachgezeichnet. Deutsche Erinnerungskultur ist seitdem nicht mehr zu trennen von dieser Frage und ordnet die separaten Erinnerungskulturen damit neu.

Ad 2: Dennoch muss man feststellen, dass dieser öffentliche und wissenschaftliche, politisch und kulturell etablierte Erinnerungsinhalt eine zentrale Frage unbeantwortet gelassen hat: Wie erinnert man an die deutschen Soldaten, die zumeist in dem Glauben, für ihr Vaterland in den Krieg zu ziehen, gehandelt haben? Deshalb hat die Wehrmachtsausstellung seit 1997 so erregend gewirkt, weil der Nachweis geführt werden konnte, dass große Teile der Wehrmachtsführung und etwa 500.000 Wehrmachts- und SS-Soldaten direkt oder indirekt an Vernichtungsaktionen und Kriegsverbrechen beteiligt waren. Damit stellte sich die Frage, wie man damit erinnerungsmäßig umgeht. Es war und ist verständlich, dass Familienangehörige um ihre Toten trauern – und dies auch an möglichen Gräbern tun können sollen. Das bedeutet aber zugleich, nicht zu vergessen, dass über jedem deutschen Soldatenfriedhof der Schatten des Holocausts liegt. Das bedeutet aber auch nicht, dass deutsche Soldaten pauschal verdächtigt werden dürfen, Kriegsverbrecher gewesen zu

sein. Die meisten konnten sich gar nicht vorstellen, dass ihre Führung das Vaterland, das sie zu verteidigen glaubten, längst verraten hatte.

Wenn allerdings Zweifel an der Integrität besteht und er individuell nachgewiesen werden kann, muss man dies erwähnen. Seit einigen Jahren wird dies auch schrittweise getan. Es ist noch nicht überall auf den 840 Friedhöfen mit insgesamt etwa vier Millionen Gräbern geschehen. Deutsche Soldaten können Opfer, Täter oder beides zugleich sein. Graf Stauffenberg war zu Beginn des Krieges noch Befürworter des Überfalls auf Polen und wurde erst später ein Widerstandskämpfer.

An den deutschen Soldaten kann man erkennen, dass Erinnern mehr ist als Gedenken. Jeder gefallene Soldat ist einen öffentlichen Tod gestorben. Dieser Aspekt muss befragbar bleiben und kann nicht mit der Bemerkung vom Tisch gewischt werden, dass der Soldat schon vor seinem Richter gestanden habe und deswegen jede Nachfrage ein unwürdiges Ansinnen sei. Unsere in mehreren Jahrzehnten erarbeitete deutsche Erinnerungskultur gebietet es daher, von jedem Soldaten und jedem Menschen zu verlangen, sich der Frage zu stellen, für welche Ziele er steht. Das gilt auch für heute.

Dabei müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass eine solche Denkweise eine Art Alleinstellungsmerkmal Deutschlands ist. Denn selbstverständlich denken Sieger eines Krieges, noch dazu in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg, über ihre Soldaten pauschal anders. Auch dann, wenn auf alliierter Seite Kriegsverbrechen begangen worden sind, wird dies nicht thematisiert. In Deutschland hatte man darüber lange nicht gesprochen, weil man eine Art Aufrechnungsmentalität befürchtete.

Wenn man, wie wir es heute übereinstimmend sehen, allen Opfern des Weltkrieges und des NS-Regimes ein ehrendes Gedenken zubilligen will, dann gilt das selbstverständlich auch für die Hunderttausende von toten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, deren Angehörige sowie für die in den KZ und Gefängnissen Umgekommenen. Es ist der selbstverständliche Dienst, der aus den humanen Grundsätzen des modernen Völkerrechts und unseres Grundgesetzes folgt. Deshalb gehört es zur heutigen

deutschen Erinnerungskultur, auf diese Gruppen aufmerksam zu machen. Die Gräber dieser Menschen gehören zur Heimatgeschichte.

Es ist noch nicht lange her, dass Bundespräsident Joachim Gauck auf die Tatsache hingewiesen hat, dass die deutsche Betroffenheit über die eine Million in sowjetischer Kriegsgefangenschaft umgekommener deutscher Soldaten eine gewaltige persönliche und politische Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Das ist gut so und auch für alle Beteiligten tröstlich. Dennoch muss man schamhaft registrieren, dass unter der Verantwortung der deutschen Wehrmacht drei Millionen sowjetischer Kriegsgefangene verreckt sind. Das war nach damaligem und heutigem Recht ein Kriegsverbrechen. Wer trauert darüber in Deutschland?

Deutsche Erinnerungskultur bedeutet heute, nach der Geschichte des 20. Jahrhunderts, die unterschiedlichen persönlichen und sachlichen Betroffenen unter dem einheitlichen Gesichtspunkt der Friedenssicherung und des Willens zur friedlichen Zusammenarbeit und des Respekts vor der Würde aller zu sehen. Das ist unsere Identität.

Die in den letzten Jahren zu vernehmende Forderung, man dürfe den Judenmord nicht in den Mittelpunkt des Erinnerns stellen oder gar, man müsse wieder Stolz auf die militärischen Leistungen der deutschen Soldaten im Weltkrieg empfinden, vergisst einen entscheidenden Punkt. Es hat selbstverständlich auch unter deutschen Soldaten bewundernswerte Leistungen von Tapferkeit, Opfermut oder Kameradenschutz gegeben. Nur darüber zu reden, ist aber zu wenig. Es besteht das Paradox, dass vielleicht gerade die Tapferkeit und der Mut deutscher Soldaten – unwissentlich – dazu beigetragen haben, dass dadurch die Gasöfen in Auschwitz und anderswo länger brennen konnten. Das ist kein Schuldvorwurf, sondern eine Mahnung, die Zusammenhänge nicht zu vergessen. Jedenfalls brauchen wir keine 180°-Wende der deutschen Erinnerungskultur.

Ich möchte daher meine Überlegungen in 8 Thesen zusammenfassen:

1) Nach dem Tod der Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges, der Opfer und der Täter, stellt sich für die jetzigen Entscheidungsträger in allen

gesellschaftlichen und politischen Bereichen die Frage, was, in welcher Intensität und mit welcher Bewertung sie an die folgenden Generationen weitergeben wollen und müssen. Es ist der nicht ungefährliche Versuch, den kommenden Generationen eine Verpflichtung aufzuerlegen, die sie nicht selbst erarbeitet und zu verantworten haben – und damit ihre Entscheidungsfreiheit einzuschränken. Rechtfertigen lässt sich ein solches Unternehmen nur dann, wenn man die generationenübergreifende Geltung von Menschenrechten („Würde aller Menschen“, „Verbot von Völkermord“) voraussetzt, deren größtenteils Verletzung durch das nationalsozialistische Deutschland bewusst macht und auf Ablehnung dieser Denkweise beharrt.

2) Es wird in Deutschland damit der Versuch gemacht, eine negative Erinnerung im nationalen Selbstbild zu verankern. Das ist absolut neuartig in der Welt (so Aleida Assmann) und widerspricht den nationalen Narrativen aller Länder, die in der Regel nur die positiven und die nationale Größe betonenden Ereignisse in den Vordergrund stellen und zu verankern versuchen (heute besonders stark in Polen, Ungarn und der Türkei). Die deutsche Haltung international nicht als Besserwisserei verstanden zu sehen, wäre eine wichtige Aufgabe und unerlässlich für eine rationale Debatte um europäische Erinnerungskulturen.

3) Das Opfergedenken sollte sich davor hüten, das Mitfühlen und Mitleiden in eine Art Identifizierungswunsch mit den Opfern zu lenken. Man sollte dies auch aus Respektgründen vor den Opfern unterlassen. Es kann und darf keine „geliebte Opfer-Identität“ geben (Ulrike Jureit). Die rationale Aufarbeitung und der daran geknüpfte Wille, aus dem historisch nachweisbaren Geschehen Lehren zu ziehen, dürfen nicht aufgegeben werden.

4) Aus der Geschichte lässt sich auch entnehmen, dass die moralisch und intellektuell einfache Unterscheidung von Opfern und Tätern nicht von der Aufgabe befreit, danach zu suchen und zu verstehen, wie Täter entstehen. Wer Opfer verhindern will, muss Täter verhindern. Dazu ist es notwendig herauszufinden, welche Faktoren dazu beigetragen haben,



Täter entstehen zu lassen (wie unter anderem Ideologien, falsche Identifizierungen mit Nation, Volk, Vaterland, Religion und Kameradschaft, missverstandene Ehrbegriffe wie Treue, falsche Inanspruchnahme Gottes für die eigenen Positionen, alltägliche Feigheit, Entsolidarisierung). Es ist offenbar so, dass mit dem Versprechen, ein Held zu werden oder ins Paradies zu kommen, sich junge Menschen, vor allem Männer, in selbst- und fremdzerstörerische Aktionen stürzen können, wie aktuelle Beispiele zeigen. Reicht unsere moralische Phantasie aus, um gerechte Urteile zu fällen? Denn nur diese sind langfristig wirksam.

5) Für eine adäquate Bearbeitung unserer Erinnerungs- und Gedenkkultur muss auch darüber nachgedacht werden, wie wir es mit dem Umstand halten, dass man unter bestimmten Verhältnissen sowohl Täter als auch Opfer sein kann. Dies ist das Schwerste. Was zum Beispiel sind jüdische Kapos, die nach der Befreiung der KZ, wie in Bergen Belsen, von den Befreiten erschlagen wurden (letztes Beispiel: der entzifferte Kassiber eines griechischen Juden in Auschwitz, siehe DIE ZEIT vom 2. November 2017)? Was sind die 14-Jährigen aus Soltau, die man 1945 gezwungen hat, die aus einem Güterwagen in die umliegenden Wälder geflüchteten KZ-Gefangenen zu erschießen? Nur Täter? Wie halten wir es unter moralischen Gesichtspunkten mit den Kindersoldaten heutiger Tage? Man wird denken müssen und dürfen, dass es seelische und reale Zwangslagen geben kann, die sich eindeutiger nachträglicher Wertung entziehen. Das Ziel aller Erinnerung kann daher nur sein, Zustände zu verhindern, die Menschen in solche Situationen bringen können.

6) Wir wollen ein Europa, in dem nie wieder Krieg geführt und Völker ermordet werden. Dazu bedarf es einer Diskussion, die die jeweiligen nationalen Narrative durchdenkt. Der Krieg im zerfallenden Jugoslawien nach 1990 hat gezeigt, dass die völkermörderischen und kriminellen Energien auch nach 100 Jahren keineswegs ausgerottet waren und sind. Im Baltikum findet man auch heute die Meinung vorherrschend, dass die sowjetische Unterdrückung für die nationale Unterdrückung gewichtiger sei, als die fast totale Ausrottung der litauischen, lettischen und estni-

schen Juden. Es gibt aus dem Jahre 2013 zum Thema eine ausgezeichnete Vorlage, die im Auftrag des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments entstanden ist und, mit dem Untertitel „Politik, Herausforderungen und Perspektiven“, vom „Europäischen historischen Gedächtnis“ handelt.

7) Die Anwesenheit von zunehmend mehr Migranten in Deutschland macht es notwendig, die Perspektiven zu erweitern, aus denen historische Sachverhalte sowie die ethische und politische Verantwortung betrachtet und formuliert werden. Es kann beispielsweise weder in der Öffentlichkeit noch in unseren Schulen der aus den arabischen Ländern stammende latente Antisemitismus unkommentiert bleiben.

8) Dies alles sind lang andauernde Prozesse, die in das Wirken von Schulen, Jugendgruppen, Vereinen, politischen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Instanzen eingebunden sein müssen. Es ist zum Beispiel ertragreicher und nachhaltiger, lange darüber zu beraten, wie man mit einem örtlichen Kriegsgräberfeld oder dem Kriegerdenkmal umgeht, als nach einer schnellen Lösung wieder den Mantel des Schweigens und der Gleichgültigkeit darüber zu breiten.

Persönlich erinnern kann sich bald niemand mehr an den Zweiten Weltkrieg. Aber erinnern an ihn und seine Implikationen können und sollten wir alle. Das erfordert Wissen, Nachdenken, Werten und Wollen. Erst dann kommt das Gedenken. Kriegsgräber und das dahinterstehende Geschehen sind keine „fake news“, sondern sichtbare historische Konstanten. Man muss sie nur zu lesen lernen.

### **Literaturhinweise**

An meine Lieben. In: DIE ZEIT vom 02.11.2017, S. 19.

Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München 2006.

Böll, Heinrich: Wanderer, kommst Du nach Spa ... München, 45. Auflage 2012.

Erinnern. Der blaue Reiter. Journal für Philosophie, Nr. 18, 2/2003.

- Europäisches Parlament, Generaldirektion interne Politikbereiche, Fachabteilung B, Struktur- und Kohäsionspolitik, Kultur und Bildung (Hg.): Europäisches Historisches Gedächtnis: Politik, Herausforderungen und Perspektiven. Brüssel 2013 (Download: [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/note/join/2003/513977/IPOL\\_CULT\\_NT\(2013\)513977\\_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/note/join/2003/513977/IPOL_CULT_NT(2013)513977_DE.pdf)).
- Frei, Norbert: 1945 und wir. Das Deutsche Reich im Bewusstsein der Deutschen. München 2009.
- Jaraus, Konrad: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995. München 2004.
- Knigge, Volkhard: Deine, meine, unsere Erinnerung. In: Süddeutsche Zeitung vom 11.12.2015, S. 11.
- Wernstedt, Rolf: Deutsche Erinnerungskulturen seit 1945 und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. Kassel 2009.
- Weshalb erinnern? Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik. Nr. 198, Heft 2, Juni 2012. Darin: Martin Sabrow: Erinnerung als Pathosformel der Gegenwart (S. 4–15) / Ulrike Jureit: Gefühlte Vergangenheiten (S. 16–23) / Aleida Assmann: Weltmeister im Erinnern (S. 24–32) / Micha Brumlik: Bildung nach Auschwitz im Zeitalter der Globalisierung (S. 41–50).
- Vaterland und Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und ihr Staat von 1945 bis heute. Berlin 1979.

